

**32. IMB-Weltkongress
24.- 28. Mai 2009
Göteborg, Schweden**

PUNKT 12:

ENTSCHLIEßUNG 3

**Entschliessung zum „Employee Free Choice Act“
eingereicht von der IAMAW, USW & UAW, USA**

In den Vereinigten Staaten werden Arbeitnehmer, die nur ihre grundlegenden Menschenrechte wahrnehmen, nämlich eine eigene Gewerkschaft zu bilden und Tarifverhandlungen zu führen, routinemässig entlassen, genötigt, eingeschüchtert und diskriminiert. Die Arbeitgeber setzten sich ungestraft über die Arbeitsgesetze hinweg; Arbeitnehmer, die einer Gewerkschaft beitreten möchten, sehen sich meistens mit millionenschweren, von den Arbeitgebern finanzierten und ihren Beratern umgesetzten gewerkschaftsfeindlichen Kampagnen konfrontiert.

Die Reform des beschämend schwachen amerikanischen Arbeitsrechts ist überfällig. Das von den IMB-Mitgliedsorganisationen in den Vereinigten Staaten nachdrücklich unterstützte „Employee Free Choice Act“ bedeutet einen weiteren Versuch, das amerikanische Arbeitsrecht mit den internationalen Normen in Übereinstimmung zu bringen. Falls das Gesetz durchkommt, würde es für die Arbeitgeber schwieriger, die Bestrebungen der Arbeiter zu zerschlagen, einer Gewerkschaft beizutreten. Das Gesetz würde zudem Arbeitgeber, die gegen das Arbeitsrecht verstossen, härter bestrafen und die notorischen Verzögerungstaktiken der Unternehmensleitung, die nicht aufrichtig über einen ersten Tarifvertrag verhandeln, wenn die Gewerkschaft einmal zugelassen ist, beenden.

Trotz der dringend benötigten Reform der amerikanischen Arbeitsgesetze geben einige transnationale Konzerne und ihre Wirtschaftsverbände Millionen von Dollars aus, um diese Massnahme zu bekämpfen. Ihre dreisten Werbekampagnen verzerren häufig die Gesetzesbestimmungen und erweisen all denjenigen, die an die grundlegenden Menschenrechte glauben, einen schlechten Dienst.

Der IMB stellt sich im Kampf für die Annahme des „Employee Free Choice Act“ entschlossen auf die Seite seiner amerikanischen Mitgliedsorganisationen. Zudem appelliert der IMB an den Kongress der Vereinigten Staaten, das wichtige Gesetz zügig zu verabschieden.